

## **PRESSEMELDUNG**

12. März 2020

### **Lange: Entlastung des Mittelstandes durch Vorziehen der Soli-Abschaffung**

Der Landesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Schleswig-Holstein, Stefan Lange, fordert die Bundesregierung auf, die für 2021 vorgesehene Teilabschaffung des Solidaritätszuschlages vorzuziehen. „Die wirtschaftlichen Einbrüche durch den Coronavirus bringen kleine und mittelständische Betriebe stark in Bedrängnis.“ so Lange und setzt sich damit für die zu 99 Prozent mittelständisch geprägte Unternehmenslandschaft in Schleswig-Holstein ein.

Der Solidaritätszuschlag war 1991 eingeführt worden, um die finanziellen Lasten der Wiedervereinigung bewältigen zu können. Er soll nach den Beschlüssen von Bundestag und Bundesrat eigentlich erst 2021 für rund 90 Prozent der Zahler abgeschafft werden.

Aus dem Bundesfinanzministerium gibt es belastbare Aussagen, dass genügend finanzieller Spielraum vorhanden sei, diese Abschaffung um ein halbes Jahr vorzuziehen.

„Eine sofortige Wirkung des beschlossenen Gesetzes wird zu einer notwendigen Entlastung für die mittelständischen Unternehmer und wird ihnen helfen, diese schwierigen Zeiten besser zur überstehen.“ folgert der Mittelstandspolitiker Lange.

*Die Mittelstands-und Wirtschaftsunion Deutschlands (MIT) ist die größte parteipolitische Wirtschaftsvereinigung Europas. Sie engagiert sich insbesondere für die Belange der Klein- und Mittelständischen Unternehmen (KMU). Der schleswig-holsteinische MIT-Landesvorsitzende Stefan Lange ist als direkter Ansprechpartner unter [stefan.lange@mit-sh.de](mailto:stefan.lange@mit-sh.de) oder telefonisch unter 0173 2759583 für Gespräche oder Informationen erreichbar.*

#### **Mittelstands-und Wirtschaftsunion Schleswig-Holstein (MIT)**

V.i.S.d.P.: Hans-Peter Küchenmeister, Pressesprecher,  
Sophienblatt 44-46, 24114 Kiel, Tel.: 0431 6609965, E-Mail: [info@mit-sh.de](mailto:info@mit-sh.de); [www.mit-sh.de](http://www.mit-sh.de)